



Deutsches Reich / Deutschland

in der Funktion des persistent objector

des seit 1871 existierenden Staatenbundes Deutsches Reich innerhalb der Reichsgrenzen 1914, 2 Tage vor Ausbruch des 1. Weltkriegs und für den Freistaat Preußen im Rechtsstand vom 18. Juli 1932 wiederhergestellte Handlungsfähigkeit seit 3. Oktober 2015 gemäß völkerrechtskonformer Reorganisation seiner Gliedstaaten

- ius cogens -

Präsidium des Deutschen Reichs

Amtsblatt Nr. 23 vom 05. Oktober 2018

Öffentliche Bekanntmachung

www.Staatenbund-DeutschesReich.info

Das Deutsche Reich / Deutschland klagt vor Gott an!

Am 14. September 2018 wurde durch das Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Freistaat Preußen das Völkerrechtssubjekt Freistaat Preußen bestätigt.

„[...]Bei der Wahl eines Erzbischofs ist das sechzehnköpfige Wahlgremium gemäß den Bestimmungen des Konkordats zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Freistaat Preußen von 1929 an einen Dreievorschlag gebunden, den der Papst unter Würdigung verschiedener Vorschläge dem Kapitel unterbreitet.“
(Quelle: <http://www.domradio.de/themen/erzbistum-koeln/2018-09-14/eine-grosse-ehre-stellvertretender-generalvikar-bosbach-wird-koelner-domkapitular>)

Der Freistaat Preußen, völkerrechtskonformer Rechtsnachfolger des Königreichs Preußen, Signatar der Genfer Menschenrechtskonventionen sowie im Namen aller Staaten im Staatenbund Deutsches Reich Signatar der Haager Landkriegsordnung (HLKO), wurde völkerrechtswidrig am 20. April 1932 gewaltsam in die von den alliierten Mächten des Ersten Weltkriegs installierte Weimarer Republik und wenig später in das völkerrechtswidrige Dritte Reich einverleibt.

Seither gibt es keine Staatsgerichte mehr zum Schutz der Menschen der Staaten des Deutschen Reichs.

Den gemäß Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22. Juli 1913 (RuStAG 1913) ca. 70.000.000 Staatsangehörigen der Bundesstaaten des Deutschen Reichs wird bis heute das rechtliche Gehör und die Gerechtigkeit durch irdische Gerichte verwehrt, da alle Staatsgerichte und auch der Reichsgerichtshof durch die Alliierten des Ersten und des Zweiten Weltkriegs bis heute handlungsunfähig gestellt wurden und die internationalen Gerichtshöfe unter Mißachtung des Völkervertragsrechts alle (RuStAG 1913)-Deutschen aus ihrer Zuständigkeit ausschließen.

Wir fordern die alliierten Mächte auf, ihrer Restitutionspflicht in den Bundesstaaten des Deutschen Reichs gemäß § 185 Völkerrecht nachzukommen und wir fordern

- die Freigabe der bis heute durch fremde Mächte besetzten Territorien der Bundesstaaten des Deutschen Reichs, sowie die Wiederherstellung der staatlichen Rechtspflege und der staatlichen kommunalen Selbstverwaltung und Selbstbestimmung der Städte und Gemeinden!

Die Völker der Staaten im Staatenbund Deutsches Reich wünschen sich Gerechtigkeit, sowie ein selbstbestimmtes Leben unter Achtung aller über Jahrtausende gewachsener Kulturen der Völker im Einklang mit der Natur. Wir treten ein für fairen Handel, für den Austausch von Wissenschaft und Technik für Wohlstand und Frieden für alle Menschen dieser Erde.

Wir treten ein gegen den globalen Imperialismus, gegen Bevormundung durch fremde Mächte, durch private Banken, Großkonzerne und deren Lobbyisten und Organisationen, sowie für die Beseitigung von Kriegen, Terrorismus, Hunger und Not auf der gesamten Welt,

so wahr uns Gott helfe!



R.